

Protokoll der sechsten Sitzung des 32. Studierendenparlaments der Uni Bielefeld vom 12.01.06

TOP 1: Begrüßung und Formalia

- a. **Martin Isbruch** (ghg*ol, StuPa-Vorsitz) begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19:20 Uhr.

Anwesend sind: (siehe Anlage)

- b. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt, da 21 von 29 Mitgliedern anwesend sind. Zudem ist ordnungsgemäß eingeladen worden.
- c. Wahl einer/s ProtokollantIn:

Nach ca. 5 Minuten betroffenen Schweigens und ausweichenden Herumschauens stellt sich Stefan Bröhl (THG International) als Protokollant zur Verfügung.

Da sich dagegen kein Widerstand regt, ist Stefan als Protokollant gewählt.

- d. Feststellung der Tagesordnung:

Hier gibt es keine Anmerkungen, der Vorschlag des Vorsitzes wird abgestimmt:

Damit ist die Tagesordnung wie folgt beschlossen:

TOP 1: Formalia

- a) Begrüßung
- b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung
- c) Wahl einer Protokollführerin/ eines Protokollführers
- d) Feststellung der Tagesordnung

TOP 2: Protokollgenehmigungen

- Protokoll der 5. Sitzung des 32. StuPa (Protokollant: Ingo Bowitz)

TOP 3: Gäste

TOP 4: Bericht des StuPa-Vorsitzes

TOP 5: Bericht des AStA

TOP 6: Berichte aus Senat und Kommissionen

TOP 7: Neufassung der Satzung der Studierendenschaft

TOP 8: ekvv/Raumvergabe

TOP 9: Wahlen und Nominationen

- Nomination eines Mitglieds für die Stipendienvergabekommission

TOP 10: Anträge

TOP 11: Sonstiges

TOP 2: Protokollgenehmigungen

Das Protokoll der 5ten Sitzung liegt im Entwurf vor. Da der Protokollant Ingo Bowitz allerdings nicht anwesend ist, müssen Änderungen am Schluss abgestimmt werden.

Martin Isbruch (ghg*ol) stellt klar, dass die Fakultät für Mathematik keine Berufsorientierungsmesse, sondern Angebote zur Berufsorientierung anbiete. Deshalb beantragt er:

Seite 3, Zeile 3:

„Streiche ‚Berufsorientierungsmesse‘ und ersetze dies durch ‚Angebote zur Berufsorientierung‘“

Dirk Behringer (MITTE) möchte den Namen des Nominierten der MITTE für die Verkehrskommission korrigiert wissen: Tobias „Kaisler“ statt „Kreiser“

Weitere Änderungsanträge gibt es nicht. Damit stellt der StuPa-Vorsitz das Protokoll zur Abstimmung:

Damit ist das Protokoll in dieser Form verabschiedet.

TOP 3: Gäste

keine

TOP 4: Bericht des StuPa-Vorsitzes

Der Bericht liegt schriftlich vor. Martin Isbruch weist auf den Termin der Wahlen zum Senat, Erweiterten Senat und Fakultätskonferenzen in der 26ten Kalenderwoche hin. Da die Wahlen zum Studierendenparlament zusammen mit diesen Wahlen stattfinden, sollen die Nominierungen zur Wahlkommission auf der nächsten Sitzung des StuPa im Februar stattfinden, um in keine Zeitprobleme zu kommen. Die Listen mögen sich doch bitte schon einmal ernsthaft darüber Gedanken machen.

Stefan Bröhl (THG) merkt diesbezüglich an, dass bitte die Wahlen zur „Kommission zur Befreiung vom bzw. Nutzung des Semestertickets für beurlaubte Studierende“ auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden. Im letzten Jahr habe das StuPa Thomas Siebenmorgen (UNIted) und ihn gewählt, Vanessa Kleinekathöfer (Finanzreferentin) seit qua Amt Mitglied. Es sei zwar eine Überlegung wert, ob die Personen zeitgleich mit allen anderen Kommissionen gewählt werden sollten oder wie gehabt Anfang des Kalenderjahres, dies könne mensch allerdings dann diskutieren.

Der Vorsitz übernimmt den Punkt, und da es sonst keine weiteren Anmerkungen gibt, wird der TOP geschlossen.

TOP 5: Bericht des AStA

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol, Finanzen) teilt mit, dass es bei der Verabschiedung des Haushalts 2006 zu einem Fehler bei den Zahlen der autonomen Referate gekommen sei. Es seien keine 70 Cent pro Studierender angenommen worden, gleiches gelte für die Kommentierung. Dies habe sie in Rücksprache mit dem StuPa-Vorsitz redaktionell geändert und korrigiert.

Zudem sei ihr bei der Aufstellung der Vermögensübersicht aufgefallen, dass 170.000 Euro Überschuss des Haushaltsjahres 2004 nicht in den Haushalt 2005 und in der Folge auch nicht in den Haushalt 2006 übernommen worden seien. Da diese dort

nicht als Einnahmen verbucht worden seien, hätten sie folglich auch nicht ausgegeben werden können. Bei genauerer Recherche hat sie herausgefunden, dass der Fehler durch eine nicht vorgenommene zweite Teilbuchung des Überschusses in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2004 zustande gekommen ist.

Matthias Klenk (UNltd) ist erstaunt und fragt nach, ob diese 170.000 Euro also nicht verfügbar seien.

Vanessa Kleinekathöfer bestätigt dies. Geld, was nicht eingenommen wird kann nicht ausgegeben werden.

Martin Isbruch (ghg*ol), **Christian Osinga** (KOMPASS) und **Stefan Bröhl** (THG) weisen allerdings darauf hin, dass das Geld durch die Verabschiedung eines Nachtragshaushalt auch schon in diesem Jahr zur Verfügung stehen könnte. Ob der Dringlichkeit eines Nachtragshaushalts sind sie sich allerdings uneinig.

Daniela Stüker (BA/MA-Anlaufstelle im AStA) stellt sich zuerst kurz vor, da sie vielleicht nicht alle Anwesenden kennen. Sie bietet für Studierende, die sich den zahl-reichen Problemen und Unzulänglichkeiten der umgestellten Bachelor- und Master-Studiengänge ausgesetzt fühlen, eine Anlaufstelle im AStA an.

So herrschte besonders viel Andrang bezüglich der Einführung von NCs für die Masterstudiengänge und die Probleme beim Bafög im Übergang vom Bachelor in den Master. „Interessant“ sei es hier allerdings gewesen, dass sich die Kapazitätsprobleme in den Fakultäten „plötzlich auf wundersame Art und Weise auflösten“, nachdem es ausreichend Kritik und Presse-Öffentlichkeit und natürlich auch einige Gespräche mit den Fakultäten gab. Danach konnten dann doch fast alle Master-Wünsche erfüllt werden.

Die gesamte Umstellung und insbesondere Einrichtung der Masterstudiengänge erweist sich allerdings als Problem. So sind viele Studiengänge weder verabschiedet noch inhaltlich klar. Besonders unerfreulich fällt dabei die LiLi-Fakultät auf. So änderten sich die Bachelorstudiengänge Germanistik und Anglistik ständig, was die Situation für die Studierenden äußerst schwierig mache.

Janosch Stratemann (Vorsitz&HoPo, ghg*ol) beschäftigt sich weiterhin mit dem HFGG. Das ABS-Bielefeld sammelt lokal im Rahmen der Unterschriftenaktion des LAT-NRW Unterschriften, die die Ablehnung der Studiengebühren dokumentieren. Trotz Personalproblemen und bisher nur 2 Tagen Info-Stand in der Uni-Halle seien allerdings schon 1.200 Unterschriften gesammelt worden!

Auch seien Postkarten für das AudiMin produziert worden (siehe Anlage). **Martin Isbruch** (AudiMin AG) merkt an, dass dies als Werbung für das AudiMin, vor allem nach dessen Neugestaltung, gedacht sei.

Jan Binder (UNltd) fragt nach, was dies denn gekostet habe?

Martin Isbruch beziffert die Kosten für 4.000 Postkarten auf 200 Euro.

Janosch Stratemann ergänzt, dass die Postkarten nicht jetzt alle auf einen Schlag verteilt werden sollen, sondern nur schubweise im Laufe der Zeit verteilt werden.

Johannes Geuter (Sozialreferat, ghg*ol) berichtet für das Sozialreferat, dass dies weiterhin an den Sozialdarlehen arbeite und es nach der letzten Anmahnungen vermehrtes Feedback seitens der SchuldnerInnen gegeben habe.

Bezüglich des Themas Studienfinanzierung habe das Sozialreferat mit der Erarbeitung eines Stipendienreaders begonnen. Bezüglich der Regelungen fürs Bafög beim Übergang vom Bachelor zum Master musste enttäuscht festgestellt werden, dass sich dazu bisher bundesweit nur sehr wenig tut; Nachfragen bei anderen Studierendenschaften haben zumindest bisher nicht viel ergeben. Gerade deshalb ist diese Problematik ein Schwerpunkt der Arbeit.

Jens Hellmann (ghg*ol) hat eine direkte Frage an Daniela. Ob sie in den Prozess der Akkreditierung der Studiengänge involviert sei. Daniela verneint dies, auch habe sie dort nur einen eingeschränkten Kenntnisstand. Die Akkreditierungen laufen in den Fakultäten intern.

Stefan Bröhl (THG) hat in den AStA-Protokollen über ein geplantes Band-Festival gelesen und ihm ist nicht klar, was dies genau sei und inwiefern der AStA dort involviert sei. Auch der Charakter des Festivals bezüglich des Grades der Kommerzialisierung sei ihm unbekannt. Um dies genauer zu beurteilen hätte er gerne mehr Details.

Janosch Stratemann versucht, diese Unklarheiten zu beseitigen. Jemand sei an den AStA herantreten, der ein Bandfestival ähnlich der MTV Campus Invasion plane. Dieser Mensch habe allerdings eine Kooperation mit dem AStA gewünscht. Diese Kooperation sei erst beschlossen, zwischenzeitlich revidiert, dann allerdings erneut beschlossen worden. Das Festival wird allerdings nun doch nicht stattfinden, da der Veranstalter den angepeilten Termin im Mai nicht halten könne. Dies sei nun doch zu kurzfristig, vor allem um Sponsoren zu finden. Somit sei das Risiko einfach zu groß geworden und deshalb habe der Veranstalter die Pläne erst einmal beerdigt.

Jan-Hendrik Terstegge (JuSo HSG) fragt direkt nach, ob etwa das Hin und Her seitens des AStA etwas damit zu tun habe.

Janosch Stratemann verneint dies. Es sei erst zu fix gegangen, und deshalb sollte es noch mal besprochen und beschlossen werden.

Thomas Siebenmorgen (UNIted) hakt nach und fragt, warum der AStA dafür gestimmt hat, wo der doch davor dagegen war.

Janosch Stratemann erläutert daraufhin die zeitlichen Abläufe genauer. Die Entscheidung dafür sei zuerst zu schnell gefallen. Nicht alle Mitglieder des AStA seien informiert und anwesend gewesen und baten um eine nochmalige Diskussion. Deshalb habe der AStA den Beschluss dann revidiert und die Kooperation ausgiebig diskutiert. Schliesslich habe es dann eine mehrheitliche Entscheidung für eine Kooperation gegeben. Allerdings kam dann kurz darauf die Absage seitens des Veranstalters. Für eine Kooperation habe vor allem gesprochen, dass für den AStA keine finanziellen Belastungen entstanden wären und er zudem ab einem bestimmten Punkt eine Gewinnbeteiligung erhalten hätte.

Stefan Bröhl (THG) verweist auf die Frage von Thomas Siebenmorgen und hätte das gleiche gefragt. Allerdings wundert er sich, dass der AStA sich an der wahrscheinlich dem geplanten Rahmen nach kommerziellen Veranstaltung als Mitveranstalter zur Verfügung gestellt habe.

Jan Binder (UNited) möchte gerne wissen, wer die Person war, die den AStA ansprach.

Janosch Stratemann teilt dies mit. Holger Hahn, allerdings habe er den Namen seiner Firma gerade nicht parat.

Dirk Behringer (MITTE) bedauert, dass das Bandfestival nicht stattfindet.

Da es keine weiteren Nachfragen diesbezüglich gibt, erwähnt **Janosch Stratemann** noch, dass der „Karl Peter Grottemeyer Preis für gute Lehre“ wieder vergeben werde. Dies solle doch bitte allen Bekannten, etc. weitergegeben werden, um eine hohe Beteiligung zu erreichen, und natürlich auch eineN würdigeN PreisträgerIn zu finden.

TOP 6: Berichte aus Senat und Kommissionen

Janosch Stratemann berichtet aus der OE-Kommission. Diese hat getagt, wahrscheinlich die letzte Sitzung mit Fr. Wild, da mit Fr. Davy eine Nachfolgerin vom Senat gewählt worden ist. Dabei ging es u.a. um eine Umstellung aller Fotokopierer der Universität, zumindest auf Bibliotheksebene. Diese sollen ausgetauscht werden durch neue Kopierer-Scanner-Drucker-Kombi-Geräte, die an das hausinterne Netzwerk angeschlossen sind. Somit könnten neben der normalen Funktion als Kopierer auch Druckaufträge dorthin geschickt werden, also dezentraler Ausdruck via WLAN, etc möglich sein. Dies soll in Kooperation mit einer Firma geschehen, also klassisches Outsourcing. Gezahlt werden könne zudem mit der Mensakarte.

Christian Osinga (KOMPASS) dachte immer, dass die Mensakarte nur für den Mensa-Betrieb gedacht sei und keine weiteren Daten und Funktionen hinzugefügt werden sollten. So sei es immer hoch und heilig versichert worden. Er würde doch gerne wissen, ob das Studentenwerk schon in diese Pläne eingeweiht sei.

Janosch Stratemann erwidert, dass die Angelegenheit so vermittelt worden sei, als wäre es schon beschlossene Sache. Die Umstellung solle so schnell wie möglich vollzogen werden, im Laufe des Semesters. Deshalb denke er, dass auch das Studentenwerk schon informiert worden sei.

Stefan Bröhl (THG) teilt die Entrüstung Christian Osingas. Zudem erläutert er kurz die weiteren datenschutzrechtlich bedenklichen Folgen einer derartigen Umstellung. Zuerst einmal würden die meisten Fotokopierer mittlerweile digital arbeiten, also die Daten auf einer internen Festplatte zwischenspeichern. Damit wären diese Daten natürlich durch die BetreiberInnen abrufbar. Bei unvernetzten Geräten sei dies noch relativ harmlos, da der Zugang zu diesen Daten nur vor Ort durch Manipulation des Geräts möglich ist. Wenn allerdings eine uni-weite Vernetzung vorliegt sind die Daten nicht nur von jedem Punkt im Netzwerk abrufbar, sondern können auch eindeutig einer Person/NutzerIn zugeordnet werden. Dass dies über eine private Firma geschieht, ist auch Grund genug, die Rechtsgrundlage in Form des abgeschlossenen Vertrags zu prüfen. Zuguterletzt wird die Mensa-Karte weiter zur Multifunktionskarte, denn schon jetzt ist davon der Zugang zum Hochschulsport abhängig. Alles gute Gründe da dringend nachzuhaken und vor allem schell die Datenschutzbeauftragte der Hochschule zu konsultieren, und zur Not auch die Landesbeauftragte für Datenschutz einzuschalten.

Christian Kohnweiß (kein Mitglied des StuPa) wundert sich, dass alles im laufenden Betrieb umgestellt werden soll. Er würde gerne wissen, wie mit den anfallenden Kosten und vor allem Einnahmeverlusten umgegangen wird.

Janosch Stratemann schlägt vor, aufgrund der zahlreichen Fragen und Probleme noch mal nachzuhaken und das Thema dann auf der nächsten Sitzung der OE zu behandeln. Auch sollte dies dann noch einmal im StuPa behandelt werden.

Martin Isbruch (ghg*ol) denkt, dass hierin allgemeine Zustimmung besteht und berichtet daraufhin aus dem Senat:

Die beiden Marketingfrauen haben beide gekündigt. Über die Gründe weiss er leider nichts, denkt aber, dass dies mit dem Aufeinanderprallen verschiedener Welten zu tun hat. Die Beiden kämen aus dem Bertelsmann-Unternehmen und die universitären Strukturen und Gepflogenheiten seien ganz anders. Damit hätten sie vielleicht Probleme gehabt.

Daniel Krenz-Dewe (uniLinks) ist nicht ganz klar, um wen es geht. Der Bereich Marketing sei ihm bisher nicht bekannt.

Martin Isbruch erläutert darauf hin, dass das Rektorat im Bereich Öffentlichkeitsarbeit eine Stelle für Marketing eingerichtet hat, auf die sich dann erfolgreich zwei zusammen arbeitende Frauen beworben hätten. Diese Stelle sei erst seit ca. einem halben Jahr besetzt gewesen.

Daniela Stüker (BA/MA-Anlaufstelle im AStA) hat mitbekommen, dass die Bachelor-Abschlussfeier wohl bei vielen DozentInnen nicht gut angekommen ist. Diese habe ja erst vor kurzer Zeit erstmalig stattgefunden, das Konzept sei maßgeblich von den beiden Marketingfrauen erstellt worden. Die DozentInnen haben die Veranstaltung wohl als Spassveranstaltung wahrgenommen und dies mit recht harscher Kritik quittiert. Genaues wisse sie allerdings auch nicht.

Martin Isbruch berichtet zudem, dass zwei ProrektorInnen gewählt worden sind, Fr. Davy als Prorektorin für Organisationsentwicklung und Hr. Egelhaaf als Prorektor für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs.

Zudem sollte die Einschreibeordnung aufgrund von Änderungen im Hochschulgesetz geändert werden. Passagen allerdings, die die Erhebung von Gebühren aufgrund Einschreibung in Weiterbildungsangeboten auf privatwirtschaftlicher Basis ermöglichen sollten, sind auf Kritik gestoßen und wurden herausgenommen. Dies ist allerdings schon bei 2 Angeboten der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Fall. Problematisch ist hier die Aufteilung der Tätigkeiten im Rahmen der Professur und gleichzeitig als Privatdozent außerhalb des Lehrbetriebs.

TOP 7: Neufassung der Satzung der Studierendenschaft

Martin Isbruch erklärt, dass der Name des Autonomen Referats für Studierende mit Behinderung mit der bisherigen IG Dynamik rückgekoppelt ist und von dieser so gewünscht wird. Ansonsten stehe alles in der Vorlage.

Christian Osinga stellt die einzelnen Änderungen noch einmal vor, da wohl einige Mitglieder des StuPa keine Vorlage zur Hand haben. Er rezitiert sozusagen den Antrag.

Daniel Krenz-Dewe (uniLinks) fragt, warum die Autonomen Referate und der ISR in getrennten Artikeln in der Satzung festgeschrieben werden.

Martin Isbruch denkt, dass dies wohl in erster Linie historische Gründe hat. Inhaltlich seien beide Artikel fast identisch. Zudem sei eine Neufassung der gesamten Satzung sinnvoll, um eine übersichtliche Fassung ohne Zusätze zu haben.

Stefan Bröhl (THG) stimmt dem zu, und erklärt, dass er dies auch nie so recht verstanden habe, warum dort ein Unterschied gemacht werde. Historisch sei wohl auf die Durchführung von Wahlen zum ISR bestanden worden, während die anderen Autonomen Referate Wahlen auch auf Vollversammlungen durchführen können.

Da es keine weiteren Fragen und auch sonst keinen weiteren Redebedarf zu geben scheint, wird über die Neufassung der Satzung in der vorliegenden Form abgestimmt. Dabei sind 2/3 des Parlaments notwendig, also mindestens 20 Ja-Stimmen.

Damit ist die Neufassung der Satzung mit allen Änderungen beschlossen.

TOP 8: ekvv/Raumvergabe

Dieser TOP ist bisher vertagt worden, da die LeKo abgewartet werden sollte.

Mouna Amrani (UNltd) teilt mit, dass die LeKo noch immer nicht getagt hat...

Janosch Stratemann kann aber immerhin hinzufügen, dass das ZfL (Zentrum für LehrerInnenbildung) die Schuld an der Misere auf die Fakultäten schiebt. Diese „sien einfach nicht flexibel genug“, so das ZfL.

Martin Isbruch hat allerdings viele klagende Stimmen aus den Fakultäten gehört, die der Zentralverwaltung die Schuld geben.

Mouna Amrani ergänzt, dass die Anmeldezahlen bei weitem nicht mit den tatsächlich in der Vorlesungszeit festgestellten Zahlen überein stimmen. Die Planung im Vorfeld sei deshalb teilweise hinfällig. Viele Studierende würden wohl zur Sicherheit lieber mehr Veranstaltungen „buchen“ als sie tatsächlich besuchen würden, damit sie nicht wegen fehlender Anmeldung aus Veranstaltungen ausgeschlossen werden können.

Jan Rick (ghg*ol) denkt wiederum, dass das Chaos die Schuld von DozentInnen ist, die extra kleine Räume wählen, um mehr Studierende aus den Veranstaltungen ausschließen zu können.

Da allerdings sonst keine neuen Infos vorhanden sind, soll die nächste LeKo-Sitzung abgewartet werden und der TOP wird wieder einmal vertagt.

TOP 9: Wahlen und Nominationen

- Nomination eines Mitglieds für die Stipendienvergabekommission

Martin Isbruch weist darauf hin, dass nur Studierende mit erstem Hochschulabschluss in diese universitäre Kommission gewählt werden können. Zur Zeit vertritt Peter Schulze die Interessen der Studierenden noch kommissarisch.

Thomas Siebenmorgen (UNltd) ist sich allerdings nicht sicher, ob Peter Schulze dies weiterhin tun will. Zudem sei er jetzt Doktorand und bei seinem Professor auch

angestellt. Also sei nicht klar, ob er nun als Studierender oder wissenschaftlicher Mitarbeiter gelte.

Daraufhin gibt es eine kurze Beratschlagung, woran die Statusgruppe festgemacht wird. Die Anstellung sei dann relevant, wenn sie 19 Stunden/Woche überschreite, weiss **Daniela Stüker**. Da allerdings nicht bekannt ist, über wie viele Stunden sich der Arbeitsvertrag erstreckt, wird seine Nomination von UNIted erst einmal zurückgezogen.

5 Minuten Fraktionspause der JuSo-Hochschulgruppe

Martin Isbruch schlägt Nicole Milbrett vor. Diese ist anwesend und stellt sich vor:

Sie hat den Bachelor SoWi/Erziehungswissenschaften erfolgreich abgeschlossen und studiert jetzt den Master History, Philosophy and Sociology of Science. Sie findet den Gedanken hinter der Kommission sehr interessant, schon allein aus Sicht ihres Studiums: Wie kann das funktionieren, das Rektorat und Fakultäten zusammen verhandeln und bestimmen, wer eine Förderung erhält? Zudem wurde sie selbst durch Bafög gefördert und will herausfinden, wie eine derartige Förderung seitens der Universität funktioniert.

Da es keine Nachfragen gibt, wird zur geheimen Wahl übergegangen. Es reicht eine absolute Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

Damit nominiert das Studierendenparlament Nicole Milbrett, die diese Wahl auch annimmt.

TOP 10: Anträge

Es liegen 3 Anträge der Toleranz Hochschulgruppe International vor, die in der letzten Sitzung vertagt worden sind. **Stefan Bröhl** (THG) erläutert diese auf Wunsch von Dirk Behringer (MITTE).

- a. Verhalten des Rektorats zur Einführung allgemeiner Studiengebühren

Das StuPa möge beschließen:

„Das Studierendenparlament der Universität Bielefeld fordert das Rektorat der Universität auf, sich dem Votum und der Argumentation des Senates der Universität anzuschließen und sich nicht weiter für die Einführung allgemeiner Studiengebühren einzusetzen.“

Obwohl der Senat abermals einmütig seine Ablehnung der Einführung allgemeiner Studiengebühren zum derzeitigen Zeitpunkt unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hat, deutet das Rektorat dies weiterhin als „bedingtes Ja“ um.

Dies ist anhand zahlreicher Pressemitteilungen und Äußerungen belegbar. Wir fordern das Rektorat auf, diese Position in der Öffentlichkeit zu revidieren und dies auch dem Landesministerium klar zu machen.“

Stefan Bröhl führt erläuternd aus, dass es eine klare Positionierung bezüglich der Einführung von Studiengebühren gebe. Diese sei auf Initiative der studentischen

SenatorInnen nach dem Bundesverfassungsgerichtshofes im Januar 2005 entstanden und schließlich im Senat im Konsens verabschiedet und zwischenzeitlich auch bestätigt worden. Er vertrete zwar eine deutlich klarere Ablehnung gegen die Einführung von Studiengebühren, allerdings sei die Stellungnahme des Senates in dem Punkt eindeutig, dass eine Einführung derzeit bis auf weiteres abgelehnt wird. Vor allem, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen und eine Einführung von Studiengebühren schwerwiegende negative Folgen habe. Allerdings deute das Rektorat, allen voran Rektor Dieter Timmermann, diese Stellungnahme als bedingtes Ja um, ohne die Bedenken des Senats zu würdigen. Dadurch mache er als Gebührenapologet Stimmung für die Einführung von Studiengebühren, Zitat: „und wenn, dann müssen es auch schon 500 Euro sein.“ (Scheinfrei Nr.4) Hiermit weiche er klar von der Stellungnahme des Senats ab, hier sei eine Stellungnahme des Studierendenparlaments angesagt und eine Rüge des Rektorats.

Janosch Stratemann bestätigt diese Aussagen. Timmermann habe sich nach der besagten Senatssitzung und auch Gesprächen mit dem AStA weiterhin positiv über die Vorteile von Studiengebühren gegenüber verschiedenen Presseorganen geäußert.

Zu diesem Punkt gibt es keinen weiteren Redebedarf, es wird abgestimmt.

Damit hat das Studierendenparlament diese Resolution verabschiedet.

b. Pläne der Landesregierung zur Änderung des Schulgesetzes

Das StuPa möge beschließen:

„Das Studierendenparlament der Universität Bielefeld wertet die Pläne der Landesregierung, das Schulgesetz zu ändern, als Verschärfung der sozialen Selektion und Segregation im Schul- und Bildungssystem, sowie als Versuch, unliebsame Kritik seitens der SchülerInnen zu ersticken.

Die Pläne sehen unter anderem vor, die Empfehlung der LehrerInnen bezüglich der Wahl der Sekundärschule aufgrund der Fähigkeiten der SchülerInnen der 4ten Klasse verbindlich zu machen und den Eltern jediglich eine Widerspruchsmöglichkeit einzuräumen, aufgrund derer das Schulamt dann einen 3tägigen Probeunterricht ansetzen kann, um zu entscheiden, an welche Sekundärschule die SchülerInnen versetzt wird. Die Eltern verlieren somit die Entscheidungshoheit, aus der Empfehlung wird eine Entscheidung. Dies ist ein weiterer bildungspolitischer Rückschritt, der die Selektivität im Bildungssystem weiter verschärft.

Auch soll die Drittelparität in der Schulkonferenz, die gerade erst seit 3 Monate existiert, wieder abgeschafft werden. Hier scheint die Mitbestimmung der SchülerInnen unerwünscht, vor allem wenn es um zukünftige Themen wie Sponsoring, selbstständige Schule, etc. geht. Wir unterstützen die SchülerInnen in ihrem Kampf zur Beibehaltung der Drittelparität!“

Stefan Bröhl stellt kurz einige aus seiner Sicht strittige Punkte des neuen Schulgesetzes vor. Die neue Landesregierung möchte die Schulen stark verändern. So werden die Schulbezirke aufgehoben, was zur Folge haben kann, dass sich

homogene SchülerInnengruppen aufgrund der Entscheidung der Eltern herausbilden, bzw. aufgrund nicht vorhandener Möglichkeit der Mobilität, da weiterhin Fahrtkosten nur zur nächsten Schule vom Wohnort gezahlt werden. So können sich in „sozialen Brennpunkten“ die einen nur den kürzesten Weg leisten, während die wohlhabenderen ihre Kinder lieber in eine andere, z.B. Vorortsschule, schicken können. Dadurch wird mehr Homogenität hergestellt, ein Mangel den z.B. die PISA-Studien belegt haben. Darüber hinaus soll die Schulempfehlung nach der 4ten Klasse von einer Empfehlung in eine Entscheidung umgeändert werden. Den Eltern verbleibe lediglich die Möglichkeit des Widerspruchs, dann allerdings entscheide ein vom Schulamt zentral durchgeführter Probeunterricht über die weiterführende Schule. Dies ist seiner Ansicht nach ein Einschnitt in die Rechte der Eltern, von den betroffenen SchülerInnen mal ganz zu schweigen.

Auch die gerade einmal vor 4 Monaten eingeführte Drittelparität in der Schulkonferenz soll wieder gekippt werden. Mit der lapidaren Begründung, dass sich diese nicht bewährt habe. Es sollen wieder die alten Verhältnisse hergestellt werden, also 50% Stimmen LehrerInnen, bei Patt entscheidet die Schulleitung. Auch sind stärkere Disziplinarrechte seitens der Lehrer und Verhaltens- und Benehmensnoten geplant, und nebenbei schwingt bei Begriffen wie „autonomer Schule“ immer auch Sponsoring und Elternbeiträge mit. Alles in allem in seinen Augen viele gefährliche Pläne, und aus PISA werde sowieso nicht gelernt, sondern vielmehr versucht, die soziale Selektivität noch weiter zu erhöhen.

Martin Isbruch möchte die 3 Teilaspekte des Antrags voneinander getrennt abgestimmt wissen. Er können einigen Teilen voll zustimmen, aber anderen gerade nicht. So könne er dem Gesamtantrag nicht zustimmen.

Jens Hellman (ghg*ol) sieht keinen hochschulpolitischen Bezug. Ihm wird auf jeden Fall keiner ersichtlich.

Christian Hermelingmeier (RCDS) sieht dies ähnlich. Es sei in der Tat kein Bezug zur Hochschulpolitik ersichtlich. Folglich sehe er auch keinen Bedarf, den Antrag inhaltlich zu behandeln oder gar abzustimmen.

Dirk Behringer (MITTE) pflichtet zwar den im Antrag geäußerten Bedenken bezüglich sozialer Selektivität bei, stellt jedoch in Frage, ob der Antrag hier im Studierendenparlament richtig aufgehoben sei. Und fragt direkt, was der Antrag bewirken soll.

Stefan Bröhl (THG) antwortet direkt und sieht einen klaren bildungspolitischen Bezug. Das deutsche Bildungssystem baue aufeinander auf, vom Kindergarten zur Grundschule und weiterführenden Schule. Und darauf aufbauend die Hochschulen. Allein dies sei Bezug genug. Vielmehr allerdings kann Hochschulpolitik nicht isoliert von Bildungspolitik oder Sozialpolitik betrieben werden, wenn ernsthaft damit umgegangen werden soll. Wenn nicht gerade Themen wie diese hier diskutiert werden, welche dann? Zudem hat dieser Antrag einen symbolisch-solidarischen Wert für die SchülerInnen und deren Vertretung, die LSV. Hier gelte es klar Stellung zu beziehen und sich nicht auseinanderdividieren zu lassen. Er erwarte derartige Stellungnahmen aus diesem Grund auch von Gewerkschaften wie der GEW und Elternverbänden.

Matthias Klenk (UNIted) unterstreicht dies und schließt sich Stefan voll und ganz an. Zudem sei geplant, die Frage des Wechsels von RealschülerInnen an ein Gym-

nasium bereits in die 9te Klasse vorzuverlegen. Hiermit finde eine weitere Vor-selektion statt, und das dreigliedrige Schulsystem werde weiter zementiert.

Sven Goedde (ghg*ol) sieht die Durchschlagskraft einer Resolution des Studier-endenparlament als eher bescheiden an und attestiert eher einen symbolischen Wert und zitiert das Spiel Junta: „Studenten verteilen Flugblätter. Auswirkung: keine“. Allerdings sei der Bezug zur Hochschulpolitik völlig außer Frage! Er nennt nur das Stichwort Durchlässigkeit. Dies werde schon in einem sehr frühen Stadium konterkariert. Auch solle mensch mal genauer hinschauen und feststellen dass die Laborschule und das Oberstufenkolleg Einrichtungen der Universität sind, die direkt mit der Fakultät für Pädagogik verbunden sind. Mal vom Lehramtsstudium ganz zu schweigen.

Johannes Geuter (Sozialreferat, ghg*ol) sieht den expliziten Zusammenhang auch. Dies sei unabweisbar.

Stefan Bröhl (THG) stellt fest, dass bisher keine Änderungsanträge vorliegen und es offensichtlich keinen Redebedarf mehr gebe. Und dann könne folglich auch abgestimmt werden.

Daraufhin stellt **Martin Isbruch** folgenden Änderungsantrag:

„Streiche den zweiten Absatz“.

Er begründet dies damit, dass er diesen Punkt genau anders sehe und als Lehramts-Studierender dies persönlich begrüße. Hiermit könne viel Unheil abgewendet werden. Dann könne er auch dem Antrag zustimmen.

Stefan Bröhl übernimmt diesen Änderungsantrag nicht.

Christian Osinga (KOMPASS) gesteht zwar ein, dass die Frage der weiterführenden Schule sowohl im Falle der Entscheidung seitens der Eltern als auch im Falle der Entscheidung durch die LehrerInnen Katastrophenpotential birgt. Allerdings sei dies doch vor allem unter dem Aspekt der Folgenabschätzung eine Entscheidung die die Erziehungsberechtigten fällen sollten.

Dirk Behringer (MITTE) ist nicht überzeugt über den hochschulpolitischen Bezug und möchte dazu inhaltlich nicht diskutiert. Er stellt zudem...

***GO-Antrag auf Ende der Redeliste,
formale und inhaltliche Gegenrede Matthias Klenk:***

Dies mag zwar gut und gerne Dirks persönliche Meinung sein, ändere allerdings nichts daran, dass es einen Bezug gebe bzw. kein allgemein-politisches Thema sei

Damit ist der GO-Antrag abgelehnt.

Sven Goedde (ghg*ol) richtet sich direkt an Dirk Behringer. Nur weil er zur Soziologieparty im AudiMin wolle, solle er doch bitte keine inhaltliche Debatte abwürgen. Zudem ist der im höchstem Maße erstaunt, dass Dirks liberales Herz ihm nicht bis an den Kragen schlagen würde bei der von der Regierung geplanten

Gängelung und Entmündigung der Eltern. Gerade ihn als Liberalen könne dieser geplante Eingriff des Staates in die Privatangelegenheiten der BürgerInnen doch wohl kaum kalt lassen.

Da es keine weiteren Anmerkungen gibt, wird zuerst der Änderungsantrag von Martin Isbruch abgestimmt:

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Daraufhin wird der Antrag abgestimmt:

Der Antrag ist damit angenommen.

c. Angekündigte Kürzung der finanziellen Unterstützung von Kindergärten

Das StuPa möge beschließen:

„Die Landesregierung hat angekündigt, sich weiter aus der Finanzierung und finanziellen Unterstützung von Bildungseinrichtungen zurückzuziehen. Dabei nennt sie vor allem die desolante Haushaltslage des Landes.

Eine Kürzung der Mittel für die Kindergärten in der angekündigten Höhe wird dazu führen, dass entweder Einrichtungen ganz geschlossen werden oder die Beiträge der Eltern weiter steigen werden. Dies ist aus Sicht des Studierendenparlaments eine fatale Entscheidung, da dies die Familien und Alleinerziehenden weiter finanziell belastet und zudem zu einer verstärkten sozialen Segregation aufgrund der finanziellen Situation der Eltern führen wird.

Wir fordern die Landesregierung auf, von diesen Plänen Abstand zu nehmen.“

Stefan Bröhl erläutert auch diesen Antrag. Das Land NRW sei bekanntlich in einer schweren Finanzkrise. Deshalb habe die Regierung weitgehende Sparpläne beschlossen. Er wolle nur auf den im Antrag angesprochenen Teil eingehen. Darüber hinaus werde ja auch bei Studentenwerken und sozialen und kulturellen Projekten, um nur einige zu nennen, massiv gekürzt. Bezüglich der Studentenwerke hofft er auf baldige Befassung und Informationen durch Christian Osinga, der ja im Verwaltungsausschuß des Studentenwerk Bielefeld mitwirkt.

Gerade auf die Kindergärten gehe der Antrag vor allem deshalb ein, da dies ja der Beginn der Bildungslaufbahn eines jungen Menschen sei. Dort würden bereits sehr hohe Beiträge von den Eltern erhoben und durch die drohende Kürzung seien diese Einrichtungen entweder in ihrer Existenz bedroht, wenn die Träger die Kosten nicht mehr tragen können, oder die Eltern werden noch weiter finanziell belastet. Das gerade die Kindergartengebühren immer von Studiengebührenapologeten herangezogen werden, um aufgrund dieser Ungerechtigkeit Studiengebühren zu fordern, sei umso mehr ein Grund auf diesen Misstand hinzuweisen. Von fehlenden KiTa-Plätzen einmal ganz zu schweigen. Wenn er sich recht entsinne, könne nur für ca. 4% aller Kinder unter 3 Jahren ein KiTa-Platz angeboten werden. Kurz und gut, schon im Kindergärten beginnt die Ungleichheit im Bildungssystem und dies ist der denkbar schlechteste Platz um den Rotstift anzusetzen.

Christian Osinga (KOMPASS) kündigt für die nächste Sitzung mehr Informationen zu den Kürzungen bei den Studentenwerken und einen Resolutionsentwurf hierzu an.

Weiteren Redebedarf gibt es nicht, so wird sofort abgestimmt:

Damit ist auch diese Resolution verabschiedet. Der StuPa-Vorsitz wird diese Resolutionen an die Presse und das Rektorat weiterleiten.

Zudem wünscht sich **Dirk Behringer** (MITTE), dass Stefan Bröhl die zweite und dritte Resolution an die Regierungsfractionen im Landtag weiterleitet, was dieser gerne tun wird.

TOP 11: Sonstiges

Thomas Siebenmorgen (UNIted) erinnert die Listen daran, doch bitte für die Verkehrskommission nachzunominieren.

Daraufhin nominiert die THG Stefan Bröhl und KOMPASS Benni Stiesch für die Verkehrskommission.

Vanessa Kleinekathöfer (Finanzen) möchte die Satzungskommission und das Studierendenparlament darum bitten, sich bald noch einmal mit der Reisekostenverordnung auseinander zu setzen.

Daraufhin schließt der StuPa-Vorsitz die Sitzung gegen 21:00 Uhr und wünscht viel Spaß auf der Soziologieparty im AudiMin und alternativ einen guten Heimweg.

Hiermit versichere ich, dieses Protokoll nach bestem Wissen und Gewissen verfasst zu haben.

Bielefeld, den 25.01.06

gez. Stefan Bröhl

Protokoll genehmigt in der 8. Sitzung des 32. StuPa am 9. Februar 2006.

gez. Martin Isbruch (StuPa-Vorsitz)

Anlagen:

- Neufassung der Satzung der Studierendenschaft
- 3 Anträge der THG International
- Postkarte des AudiMin
- Bericht des StuPa-Vorsitzes
- Anwesenheitsliste der StuPa-Mitglieder

32. Studierendenparlament der Universität Bielefeld

6. Sitzung am 12. Januar 2006

A n w e s e n h e i t s l i s t e

Stimmberechtigte Mitglieder/StellvertreterInnen:

<i>Name</i>	<i>von</i>	<i>bis</i>	<i>Name</i>	<i>von</i>	<i>bis</i>
uniLinks (2 Sitze)			THG (2 Sitze)		
Daniel Krenz-Dewe	19:30	21:01	Stefan Bröhl	19:15	21:01
---			---		
RCDS (4 Sitze)			ghg*ol (10 Sitze)		
Annika-Mareike Kielisch	19:15	21:01	Johanna Cieslak	19:55	21:01
Christian Hermelingmeier	19:15	21:01	Martin Isbruch	19:15	21:01
Cornelia Eichert	19:15	21:01	Janina Neufeld	19:15	21:01
Oliver Stephan	19:15	21:01	Lisa Henke	19:15	21:01
KOMPASS (1 Sitz)			Jan Rick	20:30	21:01
Christian Osinga	19:15	21:01	Ron Hülskötter	19:15	21:01
LSI (1 Sitz)			Patrik Bockwinkel	19:15	21:01
---			Jens Hellmann	19:55	21:01
UNIted (5 Sitze)			Michael Kömm	19:15	21:01
Thomas Siebenmorgen	19:15	21:01	Sven Goedde	20:00	21:01
Jan Binder	19:15	21:01	Juso-HSG (2 Sitze)		
Matthias Klenk	19:15	21:01	Jan-Hendrik Terstegge	19:15	21:01
Mouna Amrani	19:15	21:01	Wiebke Esdar	19:15	21:01
Marcella Wilke	19:15	21:01	MITTE (2 Sitze)		
			Dirk Behringer	19:15	21:01

ReferentInnen des Allgemeinen Studierendenausschusses:

<i>Name</i>	<i>Referat</i>	<i>von</i>	<i>bis</i>
Susana Elizalde	Vorsitz/Internat.	19:15	21:01
Janosch Stratemann	Vorsitz/HoPo	19:15	21:01
Vanessa Kleinekathöfer	Finanzen	19:30	21:01
Johannes Geuter	Soziales	19:15	21:01
Christine Göhde	Kultur	20:00	21:01

Gez. Martin Isbruch
StuPa-Vorsitz